

Erneut über 700 Erwachsene und Kinder unterstützt

Bei 173 Adressen im Kanton Zug klingen im vergangenen Advent die Herren des Rotary Club Zug-Zugersee, um 281 reichhaltige Essenspakete und 246 kleine Geschenke für die Kinder zu überreichen. Die Mehrheit dieser Adressen melden dem Weihnachtsbriefkasten alljährlich unsere 25 Kontaktfrauen, die in ihren Gemeinden das ganze Jahr über hinhören, hinschauen und Hand bieten, wo Not herrscht. Die angespannte Wirtschaftslage zeigte im vergangenen Advent ihre Spuren aber deutlich: Der Dank und die Freude waren riesig, mehrfach flossen Tränen der Erleichterung.

Nebst den Lebensmittelpaketen unterstützt der Weihnachtsbriefkasten ganz direkt mit Einkaufsgutscheinen oder der Bezahlung von Rechnungen. Oft sind es familiäre Trennungen, Krankheiten und Unfälle, die schon knappe Finanzen einfach nicht auffangen können. Manchmal ist es «nur» eine Krise, die Hilfe von aussen nötig macht, manchmal will die Not aber auch einfach nicht weichen. Ein Thema, das uns in den letzten Jahren zunehmend beschäftigt und wir mit Sorge beobachten, ist die Altersarmut. Wir danken allen, die die direkte, persönliche Hilfe durch den Weih-

nachtsbriefkasten Jahr für Jahr möglich machen. Allen voran den Spendern, die uns finanziell unterstützen, dem Rotary Club Zug-Zugersee und allen treuen Helfern. Wir freuen uns jedes Jahr auf den Neustart des Weihnachtsbriefkastens, auf das Wiedersehen mit vielen wohlwollenden Menschen, auf die treue Verbundenheit, auf die vielen spontanen Helfer, auf diese direkte, grosszügige und so bewundernswert unkompliziert gelebte nachbarschaftliche Solidarität.

Für den Zuger Kantonalen Frauenbund Weihnachtsbriefkasten
Ursi Gasser

Anpassung ist der falsche Weg

Die Energiestrategie 2050 ist praktisch unverändert der deutschen Vorlage abgekupfert. Die Mahner, welche vor einem Engpass warnen, wurden als Panikmacher desavouiert.

Jetzt will kein Politiker zugeben, dass der wahrscheinlich nicht stattfindende Strommangel, sollte er trotzdem kommen, eine Folge einer völlig verfehlten Energiepolitik ist, die nicht der Realität folgte, sondern dem Mainstream. Die Abkehr von der Kernenergie war und ist ein Fehler und so wie ich unsere Anpassungen in der Politik kenne, werden sie erst eine Kehrtwende vollziehen, wenn wir zehn Jahre im Rückstand

sind. Lieber auf Links und Grün hörend glauben sie, dass das Volk kein Vertrauen mehr in die Kernenergie hat. Dem ist aber nicht so, denn das Volk hat längst erkannt, dass man nicht moderne Kernkraftwerke mit den alten Modellen von Tschernobyl (1986) oder Harrisburg (1979) vergleichen darf. Das Volk spürt am eigenen Leib die Folgen der verfehlten Energiepolitik (Energiepreise). Langfristig gibt es keine Alternative zur Kernenergie. Ich wünschte mir Politiker, die vom Mainstream abweichen und selber denken.

Dieser Konformismus bringt uns nicht weiter. Übernimmt wieder Verantwortung und habt den Mut zu

eigenen Wegen. Die Schweiz wurde nicht durch Anpassung erfolgreich. Anpassung ist weder in der Energie noch in der Europapolitik oder im globalem Soft Law beziehungsweise bei den internationalen Gerichten alternativlos, sie ist nur der einfachste Weg. Da wir in der Schweiz jedoch verlernt haben, zu streiten und zu kämpfen, bleibt meine Vision wohl ein frommer Wunsch. Eine Lichtershow wie in Luzern, wenn wir angeblich Energie sparen müssten und Weihnachtsbeleuchtungen gestrichen wurden, ist absurd, das ist genau mein Humor.

Michel Ebinger Rotkreuz

Amtsblatt soll wieder abonniert werden können

In der Vernehmlassungsantwort der Zuger SVP vom 4. April 2019 zum Datenschutzgesetz beantragten Kantonsrat Thomas Werner und ich, dass «das Zuger Amtsblatt auch in Zukunft zwingend in gedruckter Form herausgegeben wird». Dies im Gegensatz zu anderen Parteien, die betonten, dass «wesentliche Druckkosten eingespart werden» können, und dass grundsätzlich «der Paradigmenwechsel Sinn» mache (Zuger Zeitung vom 18. April 2019). Leider beantragte der Zuger Regierungsrat das «Amtsblatt in gedruckter Form nur noch bei Bedarf herauszugeben.»

Seit dem 1. Januar ist die Neuregelung in Kraft. Persönlich erachte ich die aktuelle Umsetzung als stark ver-

besserungswürdig. Erstens bedauerlich, dass man das gedruckte Amtsblatt nicht mehr abonnieren kann. Auch wenn das gedruckte Amtsblatt «bei den Einwohnergemeinden und der Staatskanzlei kostenlos aufliegt», so verursacht es für all jene, die das Amtsblatt gerne auf Papier lesen, einen grossen zusätzlichen Aufwand, das 80-seitige Dokument zuerst auszudrucken oder sogar auf der Gemeindeverwaltung abzuholen. Zweitens hat sich die grafische Darstellung der amtlichen Mitteilungen im Vergleich zur früheren Ausgabe verschlechtert und an Übersichtlichkeit stark eingebüsst. Drittens ist es schade, dass mit der Firma Speck Medien keine Lösung gefunden werden konnte und so-

mit das Amtsblatt und das neu erscheinende «Zuger Marktblatt» nicht weiterhin gemeinsam publiziert werden können.

Gemäss § 7a des Publikationsgesetzes kann «der Regierungsrat die Publikation des P-Amtsblatts durch Vertrag Dritten übertragen.» Ich würde erwarten, dass der Regierungsrat die zahlreichen Beschwerden über das neue Format, die auch mir gegenüber geäussert wurden, ernst nimmt und möglichst bald eine Abonnements-Lösung mit verbesserter grafischer Darstellung anbietet. Ich bin überzeugt, dass mit diesen Massnahmen die grosse Beliebtheit des Zuger Amtsblatts wiederhergestellt werden kann.

Nationalrat Thomas Aeschi, Baar

Korrigenda



Fabio Iten, Kantonsrat und Fraktionschef Die Mitte Kanton Zug. Foto: zvg

In unserer letzten Ausgabe haben wir auf Seite 17 den Jahresausblick 2023 der Mitte Kanton Zug abgedruckt. Zu dem Text haben wir das Foto von Cedric Schmid, Präsident FDP, veröffentlicht und nicht das Bild vom Verfasser des Textes Fabio Iten Kantonsrat und Fraktionschef Die Mitte Kanton Zug. RED

Vielleicht täte uns täte etwas mehr Bescheidenheit und Nächstenliebe gut

Zur Politikolonne «Ich wünsche mir: Back to reality!» von Adrian Risi, Kantonsrat SV (Zuger Woche 2/2023 vom 11. Januar).

Sehr geehrter Herr Risi
Ihren «optimism» (in Anlehnung an die englische Überschrift in Ihrem Beitrag) möchte ich nicht haben (sprich: Pessimismus). Meine Stube ist jedenfalls einigermassen warm, ich halte mich an die Kampagne des Bundesamts für Energie, deren Finanzierung vom Parlament (also auch von Ihrer Partei) gutgeheissen wurde. Also scheinen mir Ihre Teufelchen wohl beim Energiethema durchgegangen zu sein. Von darniederliegender Stromversorgung kann denn keinesfalls die Rede sein, das zeigen lobenswert die Initiativen (nicht von Ihrer Partei) zugunsten der erneuerbaren Energien. AKWs sind dazu absolut nicht nötig und das wissen Sie doch auch. Möchten Sie etwas dafür tun, den nachfolgenden Generationen eine gesunde Welt zu hinterlassen oder wollen Sie weiter fuhrwerken, wie bis anhin? Dann unterstützen auch Sie die Förderung erneuerbarer Energien und andere Initiativen, die der Mutter Erde guttun. Das wäre etwas Moralismus von meiner Seite zu dieser Sa-

che. Wie Sie es vielleicht in den letzten Jahren doch auch einmal mitgekriegt haben dürften, herrscht vielerorts auf dieser Welt Krieg. Viele Menschen suchen in Europa Schutz. Das ist natürlich eine Herausforderung nicht nur für die kleine Schweiz, sondern für ganz Europa – sprich: am Ende für die Demokratien dieser Welt! Bevor nun aber diese Menschen menschenunwürdig an Grenzen zusammengepfercht werden, hätte es der Politik gutgestanden, sich vor diesen Völkerwanderungen einmal einzuschalten und nicht zu kuscheln, weil es den «guten Geschäftsbeziehungen» mit Ländern geschadet hätte, in denen gerade Krieg herrscht und die Verletzung von Menschenrechten zur Tagesordnung gehört.

Vielleicht würde uns allen etwas mehr Bescheidenheit und Nächstenliebe und weniger Gier, Machtanspruch und Nach-mir-die-Siniflut-Denke guttun. Viele Probleme würden dann gar nicht erst entstehen. Zu Moralismus und Wokeness, da weiss Ihre Partei bestens mitzureden. Und so woke, wie Sie auf die aktuellen Probleme hinzuweisen wissen, ist bemerkenswert.

Jolanda Heller, Zug

Solaroffensive, aber nicht bei der WWZ

Es macht den Anschein, dass Strom im Überfluss vorhanden und die WWZ nicht daran interessiert sind, Solarstrom von Privaten zu beziehen. Es ist doch völlig absurd bei einer europaweiten Strommangellage eine Infrastruktur zu verlangen, um die Einspeisung von Strom aus privaten Photovoltaikanlagen (PVA) abschalten zu können, wenn genügend Strom im WWZ-Netz vorhanden ist. Zudem sind die Einspeisevergütungen aus privaten PVAs teilweise halb so hoch wie bei anderen Elektrizitätsgesellschaften (z.B. BKW oder CKW).

Da wir im Frühling oder spätestens im nächsten Jahr in eine länger andauernde Energiekrise geraten könnten, wurden wir in letzter Zeit durch die Medien täglich auf eine Strommangellage vorbereitet. Dies mit vielen Empfehlungen, Strom zu sparen, um die teils markanten Auswirkungen höher Strompreise abzufedern.

Durch die Politik wurden verschiedene Massnahmen in die Wege geleitet, um der Strommangellage entgegenzuwirken: Die Regierung startet eine Solaroffensive. Kantone und Gemeinden stellen Förderbeiträge zur Erstellung von Photovoltaikanlagen bereit, um Hauseigentümer zur Installation solcher Anlagen zu motivieren.

Entschliesst sich ein Hauseigentümer eine solche Anlage zu installieren und seinen überschüssigen Strom ins Netz einzuspeisen, haben die WWZ eine teure Überraschung zu Lasten der Eigentümer vorgesehen. Die WWZ verlangen eine zusätzliche Leitung zum Strom-



Claus Soltermann. Foto: zvg

zähler, damit bei genügender Leistung im Stromnetz die Stromeinspeisung Privater abgeschaltet werden kann. Diese doch sehr fragwürdige Vorgabe (Empfehlung der VSE) frisst gerade bei Reihenhäusern wegen Mehraufwand einen grossen Teil der Förderbeiträge weg.

Hier wäre etwas mehr Fingerspitzengefühl der WWZ angezeigt. In dem sie auf solch unnötige Vorgaben verzichten und die Einspeisevergütung etwas nach oben anpassen würden. Dann macht die Solaroffensive auch Freude.

Claus Soltermann
Altkantonsrat, GLP

Das achte Steuerpaket ist wichtig für Zug

Grundsätzlich erhöhen einfache, tiefe und damit auch wettbewerbsfähige Steuern die Sicherheit, den Wohlstand und damit auch die Lebensqualität aller. Sogar in den Grundlagen der Haushaltsführung des Bundes wird diesbezüglich festgehalten, dass die Steuern so zu gestalten sind, dass die dem Steuerpflichtigen aufgebürdete Last möglichst gering und die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Aktivität möglichst klein sein soll.

Des Weiteren hält der Artikel 126 der Bundesverfassung fest, dass der Bund seine Ausgaben und Einnahmen auf Dauer im Gleichgewicht zu halten hat. Münzt man diese Grundsätze und Vorgaben des Bundes um auf den Kanton Zug und die Gemeinden, wird schnell ersichtlich, dass Handlungsbedarf besteht. So haben der Kanton Zug und die Gemeinden zusammen in den letzten Jahren Überschüsse von bald 1.5 Milliarden Franken generiert und dies auf Kosten der Zuger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und damit direkt auf Kosten derer Kaufkraft. Diese Tendenz wird gemäss der Finanzplanung weiter anhalten.

Aus den genannten Gründen kommt nun das achte Steuerpaket zum richtigen Zeitpunkt. Das Revisionspaket beinhaltet unter anderem verschiedene steuerliche Verbesserungen im Bereich der Vermögenssteuer, in welcher der Kanton Zug im Vergleich mit den Nachbarantonen Handlungsbedarf hat. Sparen und Investitionen sollen dadurch weniger bestraft werden. Eine Anpassung diesbezüglich ist deshalb zu begrüssen und seit längerem fällig. Des Weiteren soll auch



Michael Arnold. Foto: zvg

eine Verbesserung im Bereich den Fremd- und Eigenbetreuungsabzügen erreicht werden. Diese sollen neu auf 25'000 respektive 12'000 Franken erhöht werden. Diese Massnahmen sollen gerade die Familien während der Betreuungsphase ihrer Kinder steuerlich zusätzlich entlasten, was ebenfalls zu begrüssen ist. Ebenfalls soll der Einkommenssteuersatz generell um 5 Prozent gesenkt werden. Dies kommt abschliessend allen natürlichen Personen zugute.

Summa summarum kann festgehalten werden, dass dieses Paket insgesamt ein austarierter Kompromiss ist, sodass ich dieses Paket gerne im Kantonsrat unterstützen werde.

Michael Arnold
Kantonsrat FDP